Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentlich 2 M., monatlich 8,50 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 15 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 25 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 1,80 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen

Nr. 272. Dienstag, den 15. Juni 1920. – Morgen-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Keine Aussicht auf Lösung.

(Telephonische Meldung unseres Berliner Korrespondenten.)

Nach der Ablehnung der Kabinettsbildung durch den Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Heintze, ist die parlamentarische Situation statt klarer noch verworrener geworden. Bei den Deutschdemokraten nimmt die Abneigung gegen ein rein bürgerliches Ministerium zu. Aber auch aus dem linken Flügel des Zentrums kommen Spaltungsdrohungen für den Fall, daß der rechte Flügel eine Koalition mit den Deutschnationalen eingehen würde.

Unter diesen Umständen haben die eifrigsten Bemühungen des Zentrumsführers Trimborn, der vom Reichspräsidenten nach Dr. Heintze mit der Bildung des Kabinetts beauftragt ist, vorläufig noch wenig Aussicht auf Erfolg. Auch Herr Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der sozialdemokratischen Partei, den Genossen Müller und Loebe, in Verbindung und fragte sie, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernimmt. Nach der Verneinung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, nämlich Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit, umfassen werde. Mit solcher schwachen Mehrheit sei in Bayern 5 Jahre, in Belgien 4 Jahre mit Erfolg regiert worden. Genosse Loebe erwiderte ihm, daß die sozialdemokratische Fraktion an einer solchen Konstellation nicht teilnehmen könne. Erstens kann die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Bayerische Volkspartei mit Dr. Heim gegründet werden, und zweitens geben diese Ziffern nur eine Scheinmehrheit an, welche durch die Nichtwahl der Abstimmungsgebiete herbeigeführt worden sei. Genosse Müller fügte hinzu, daß eine von solch schwacher Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spaa gehen könne.

Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, nämlich einen Block der Mitte, der aus den Demokraten, dem Zetrum und der Deutschen Volkspartei bestehen würde. Zwar würde derselbe nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Mehrheitssozialisten rechnen. Die Sozialdemokratie, welche doch sicherlich auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabineits wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrechterhalten. Sie könne ja eventuell einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei auch vielleicht in Herrn Fehrenbach zu gewinnen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals oder des Alldeutschtums würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten unsere Vertreter eine Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern vertagen. Genosse Müller versicherte aber im voraus, daß eine solche Regierung von uns nach ihren Taten beurteilt werden müßte und jeder Versuch, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschnationalen Volkspartei zu treiben, von uns aufs schärfste bekämpft werden müßte.

Trimborn hat im Laufe des Montag mit den drei andern bürgerlichen Fraktionen über dieselbe Kombination verhandelt, wie oben angedeutet, ohne größere Aussicht auf Erfolg. Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu ziehen, wird keine größere Aussicht auf Erfolg haben.

Politische Nachrichten.

Von den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin wird dem „Vorwärts“ gemeldet, daß trotz geringerer Wahlbeteiligung die Sozialdemokratische Partei an Stimmen gegenüber der Reichstagswahl bisher zugenommen hat. Den Verlust tragen die Unabhängigen und Demokraten. In manchen Orten verlor die Unabhängige Partei Hunderte ihrer Wähler, die von der SPD. restlos aufgenommen wurden. Außer der Sozialdemokratischen Partei hat nur noch die Deutsche Volkspartei Zunahmen zu verzeichnen.

Selbstkritik der „Freiheit“.

In ihrer Besprechung des Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion passiert der „Freiheit“ ein bemerkenswertes Eingeständnis. Sie sagt nämlich: „Die Regierungsbildung ist jetzt zunächst Sache der bürgerlichen Parteien. Sie haben bisher jede sozialistische Politik verhindert, aber alle Verantwortung immer wieder auf die angebliche sozialistische Regierungspolitik abgewälzt. Jetzt werden sie zu zeigen haben, was sie selbst leisten können.“

Damit versetzt sich die „Freiheit“ einen Faustschlag in das eigene Gesicht. Denn ebenso sehr wie die Reaktion haben die Unabhängigen alle Verantwortung für die Politik der Koalitionsregierung ausschließlich auf die Sozialdemokratische Partei gewälzt.

Keine Freunde der USP.-Passivität.

Das Verhalten der USP. wird sogar von Karl Schneidt, der in seinem Monatsblatt seit Jahr und Tag die gehässigsten Angriffe gegen unsere Partei richtet und den Unabhängigen Zutreiberdienste leistet, in der schärfsten Weise kritisiert. Er sagt, daß, wer unter Arbeitern verkehrt, täglich und stündlich die Erfahrungen machen könne, daß sie nicht durchweg einverstanden seien mit der Haltung der „Freiheit“ und der Führer. Man habe sich von der Wahl doch etwas mehr versprochen als bloß eine Politik der parlamentarischen Enthaltung und Passivität. Weiter sagt Schneidt, das Verständnis für eine Politik der Enthaltung ist bei den durch theorethische Klügeleien nicht verbildeten und durch Phrasenschwulst nicht zu betörenden einfachen Menschen nicht sonderlich groß. Schließlich spricht er sogar von der Diktatur eines Führerklüngels, die die Diktatur des Proletariats ersetzen solle. Auch Helmut von Gerlach redet in der „Welt am Montag“ den Unabhängigen zu, es mit einer Arbeiterregierung zu versuchen.

Die Wahlkosten der Deutschen Volkspartei.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat der Berliner Berichterstatter des „Matin“ seinem Blatt mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei 500 Millionen Mark für ihre Wahlkampagne ausgegeben hat. In Frankreich sagt man sich natürlich, ein Land, wo die Rechtsparteien sich einen solchen Luxus geleistet haben, könne eine sehr hohe Kriegsentschädigung zahlen und sei keineswegs verarmt.

Die Verhaftungen in Ludwigshafen.

Wie die „B. Z.“ aus Ludwigshafen meldet, sind unter den von den Franzosen verhafteten Mehrheitssozialisten die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses sowie ein Mitglied des Betriebsrats der badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schriftstücken durchsucht. Einer der Verhafteten, Stadtrat Körner, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Man bringt die Verhaftungen mit dem unlängst erfolgten Ausschreitungen in der Anilinfabrik in Zusammenhang. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der Verhafteten und droht für den Fall der Ablehnung mit dem Ausstand.

Regierungskrise in Norwegen.

Auch in Norwegen ist eine Krise ausgebrochen. Man erwartet, daß das Kabineit bei der Beratung des Straßenbaueiats in die Minderheit geraten und zurücktreten wird.

Börsenmanöver.

Die Nachrichten von einer Gegenrevolution in Moskau finden nirgends Glauben, und die Erklärungen des Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Kopp, daß er gestern noch drahtlose Nachrichten aus Moskau erhalten habe, die in gar keiner Weise eine Gegenrevolution wahrscheinlich machen oder nur im entferntesten andeuten, läßt diese Nachricht als eine haltlose Kombination, vielleicht als irgend ein Börsenmanöver, erscheinen.

Kleine politische Mitteilungen.

Der Parteiausschuß der Demokraten ist für die Tage vom 2. bis 4. Juli nach Berlin einberufen.

Am Montag nachmittag ist in Danzig das Freistaatparlament zusammengetreten. Die Deutschnationalen sind die stärkste Fraktion und erhalten die erste Präsidentenstelle. Die Unabhängigen bekommen den ersten Vizepräsidenten und die Sozialdemokraten den zweiten.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands tagte in Berlin. Es wurde eine Resolution vorgelegt, welche verlangt: Vereinheitlichung des gesamten Polizeiwesens unter Zusammenfassung der zurzeit vorhandenen brauchbaren Beamten aller Schattierung unter Hinzuziehung von Fachleuten aus dem Polizeiexekutivdienst.

Die rechtsstehende Berliner Presse veröffentlicht ein Flugblatt mit den Unterschriften der unabhängigen Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale, in welchem zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert wird. Der „Vorwärts“ erklärt dieses Flugblatt als eine Fälschung, die „Freiheit“ aber sagt, daß es sich um ein Flugblatt handelt, welches Ende Mai vorbereitet war für den Fall, daß die Reichstagswahlen durch einen Putsch gestört werden würden.

Der argentinische Senat nahm das Gesetz über den Zollzuschlag auf Getreide, das sofort in Kraft gesetzt wird, an. Infolgedessen ist das Getreideausfuhrverbot aufgehoben worden.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet.

Distrikt Altstadt.

Die gestern abend angezeigte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause findet heute nicht statt. Die Versammlung ist auf Freitag, abends 7½ Uhr, vertagt.

Die Distriktsleitung.

Achtung, Distrikt Rotenburgsort!

Distriktsverwaltungssitzung heute, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Röhl. Sämtliche Bezirksführer und der weibliche Distriktsausschuß sind dringend eingeladen. Die Distriktsleitung.

Die „revolutionäre“ Taktik der USP.

Einzig auf die Weltrevolution, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ende bereiten und dem Sozialismus zum Siege verhelfen soll, ist der Blick der Volks-Zeitungs-Strategen gerichtet. Was braucht man da noch positive Gegenwartsarbeit zur Besserung des Arbeiterloses zu leisten, wenn die Weltrevolution so nahe gerückt ist und ihr Sieg den Sozialismus verheißt. Eintemalen unsere wortradikalen USP. Brüder sich nie so recht für diese positive Arbeit begeistern konnten und darum anderen, den SPD.-Genossen, den Vorrang ließen, die dafür sich auch als die Stützen des Kapitalismus verlästern lassen mußten. Wenn der Wille der „Volks-Zeitungs“-Strategen entscheidet, wird die auf 80 Köpfe angewachsene USP.-Fraktion im Reichstage ihre „revolutionäre“ Kraft nicht „verpulvern“ durch die Mitarbeit an Reformen, die nach radikaler USP.-Ansicht vom Klassenkampf nur ablenken könne. „Revolutionäres Handeln“, wie ein Artikel in der gestrigen „Volks-Zeitung“ besagt, wird der Reichstagsfraktion der USP. zur Pflicht gemacht. Was darunter zu verstehen ist, wird in folgenden Ausführungen gesagt:

Dann abr bedarf es einer parlamentarischen Taktik, die sich nicht erschöpft in dem zwecklosen Versuch, durch Reformen die Verelendung der Arbeiterschaft aufzuhalten, die vielleicht darauf abzielen muß, den Bankerott des parlamentarischen Systems noch eklatanter zu gestalten. Verhinderung der Arbeit, die dem Aufbau des kapitalistischen Systems, dem Ausbau des politischen Systems der Herrschaft der Bourgeoisie dient, Sabotage an aller parlamentarischen Arbeit, die sich gegen die Arbeiterklasse kehrt — Antistreikgesetz! Neue Steuergesetze! — das muß im Parlament eine Selbstverständlichkeit sein. Aus solcher Wirksamkeit heraus muß Kampfruf auf Kampfruf ergehen — immer wieder aber muß der Inhalt sein: Zertrümmerung der Macht der Bourgeoisie, Errichtung der Arbeiterherrschaft, fort mit dem bankrotten Parlament, her mit den politischen Arbeiterräten!

Wenn der Bankrott der parlamentarischen Demokratie offenbar wird, erscheint hinter dem bankrotten Parlament der revolutionäre Rätekongreß. Der Kampfruf: Revolutionäre Arbeiterräte! drängt sich heute dem klassenbewußten Proletariat von selbst auf die Lippen. Was bisher propagandistische Parole war, wird in den nächsten Aktionen erste durchzuführende Maßregel. Gegen das Parlament den Rätekongreß, gegen die staatlichen Machtmittel der Bourgeoisie die politischen Arbeiterräte — diese Parole muß ständig aus dem Parlament heraus an die Massen ergehen.

Wenn die Sozialdemokratie seit dem Siege der Revolution sich nach Kräften bemüht, durch gesetzgeberische Maßnahmen unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten und dadurch der notleidenden Bevölkerung eine bessere Existenz zu sichern, so ist das nach den revolutionären Phrasen der Volkszeitungsleute ein Wiederaufbau des kapitalistischen Systems, eine Stärkung der Bourgeoisie. Je schlechter es den Arbeitern geht, um so geneigter werden sie sein, von einer proletarischen Rätediktatur alles Heil zu erwarten. Wir glauben nicht, daß die neugewonnenen Wähler der USP. sich mit diesem unsicheren Wechsel auf die Zukunft zufrieden geben werden, sie wollen schon in der Gegenwart eine Besserung ihres Loses und bleibt ihnen die durch die Unfruchtbarkeit der USP. versagt, dann ist es auch mit der Herrlichkeit der „revolutionären“ Partei zu Ende.

Helfferich verzichtet auf Hamburg.

Nach den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ teilte Dr. Helfferich der Parteileitung der deutschnationalen Partei in Braunschweig mit, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen innerhalb der Parteileitung sich entschlossen habe, die auf ihn gefallene Wahl in Hessen-Nassau anzunehmen. Damit treten in den Wahlkreisen Braunschweig-Süd-Hannover und Hamburg die Ersatzkandidaten an die Stelle Helfferichs.

Für Hamburg rückt dann von der Deutschnationalen Partei Frau Voß-Zietz oder, falls diese schon an anderer Stelle gewählt sein sollte, Herr Gutknecht an Helfferichs Stelle.

Der Zoologische Garten wurde am Sonntag, 13. Mai, außer den eintrittsberechtigten Aktionären und Abonnenten von 9411 zahlenden Personen besucht.

Herr John Walter Beck, Elektromechaniker, Hochallee 106, bittet uns festzustellen, daß er nicht identisch ist mit dem Elektromechaniker Walter Beck aus Flensburg, der in Nr. 270 unseres Blattes in dem Bericht über die Festnahme einer Großschieberbande genannt worden war.

Wer ist der Finder? Dem Arbeiter Heinrich Schoe aus Ahrensböck bei Lübeck ist auf der Fahrt von dort nach Hamburg seine Brieftasche mit allerhand wichtigen Legitimationspapieren, einem Bankausweis, Brotkarten usw. abhanden gekommen. Da Herr Schoe durch den Verlust in eine sehr unangenehme Lage gekommen ist, wird der ehrliche Finder gebeten, die Tasche baldmöglichst in der Redaktion des „Hamburger Echo“ abzugeben.

Ueberfahrener Knabe. Der Schulknabe Hans Tose war in der Lagerstraße auf einen Wagen geklettert. An einer scharfen Biegung wurde der Junge heruntergeschleudert und kam so unglücklich unter den Wagen, daß die Räder über ihn hinweggingen. Im Freimaurer-Krankenhaus wurden die überaus schweren Kopfwunden — ein Rad war direkt über den Kopf gegangen — verbunden, dann mußte man dem Bedauernswerten ein Bein amputieren.

Angeschossen. Als der in Wilhelmsburg wohnende Kaufmannslehrling Helmuth Tehlsen sich in Begleitung seiner Mutter auf dem Wege zum Bahnhof befand, hörte man plötzlich einen Schuß fallen, und von einer Kugel getroffen brach T. zusammen. Der junge Mann wurde ins Allgemeine Krankenhaus St. Georg geschafft. Von dem Schützen fehlt jede Spur.

Der Todestrank. Das am Woldsenweg 16 wohnende 25 Jahre alte Fräulein Kobs trank aus einer mit Salzsäure gefüllten Flasche. Mit schweren innerlichen Brandwunden wurde sie ins Allgemeine Krankenhaus Eppendorf geschafft. Dort ist sie kurz nach ihrer Einlieferung gestorben.

Der rätselhafte Perlendiebstahl. In einem bekannten Juwelengeschäft an der Alster kam vor einiger Zeit ein sehr wertvolles Perlenkollier auf rätselhafte Weise abhanden. Nunmehr ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine Spur zu finden, die den eigenartigen Diebstahl aufzuklären verspricht. Mehreren Angestellten der geschädigten Firma konnte nachgewiesen werden, daß sie das ihnen geschenkte Vertrauen seit längerer Zeit in gröbster Weise mißbraucht haben, worauf ihre Verhaftung erfolgte. Im Bankfach eines dieser Angestellten entdeckten die Beamten 60 000 M in Tausendmarkscheinen, die zweifellos auf unrechtmäßige Weise erworben sind. Um die weiteren Nachforschungen nicht zu stören, muß vorläufig von der Wiedergabe von Einzelheiten abgesehen werden.

Warendiebstähle. Aus einem Eisenbahnwagen am Bahnhof K. wurden fünf Kisten mit 648 Metall-Weck- und Taschenuhren im Werte von 28 000 M gestohlen. — Aus der Averhofstraße entführte ein Dieb einen Rollfederwagen mit 27 Kisten Marmelade. Auf die Wiederherbeischaffung ist eine Belohnung von 2000 M ausgesetzt worden. Das Fuhrwerk war mit zwei Pferden, einem Fuchs und einem Schimmel, bespannt.

Beschlagnahmtes Fleisch. Auf der Hummelsbüttler Landstraße wurde der Wagen eines Schlachtermeisters angehalten, der mit 600 Pfund frischem Ochsenfleisch beladen war. Die ganze Ladung wurde beschlagnahmt und dem Kriegsversorgungsamt übergeben.

Der doppelte Boden. Die Oberzoll-Inspektion der Grenzaufsicht verhaftete den Schiffer J. wegen Zollbetrugs und bandenmäßigen Spritschmuggels. J. war Anführer einer Bande, die in letzter Zeit zahlreiche Fahrzeuge durch den Zoll brachte, die angeblich keine verzollbaren Sachen an Bord hatten. Es ist festgestellt worden, daß alle Fahrzeuge doppelte Böden hatten, in denen der zum Schmuggeln bestimmte Sprit untergebracht war.

Auf und davon. Der angebliche Kinoschauspieler Benno Baum, der sich auch Kurt Zeppermann nannte, versprach einem in der Stresowstraße wohnenden Mädchen die Ehe. Er nahm der Braut ihre 3200 M betragenden Ersparnisse ab, außerdem gab ihm das Mädchen sämtliche Gold- und Silberschmucksachen zum Verkauf, um für den Erlös das Nest zu bauen. Nun ist er spurlos verschwunden.

Altona und Umgegend.

Stadtverordnetenkollegium. In der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am Montag, 14. Juni, teilte der Bürgervorsteher Ostertag mit, daß der Jahresbericht der Fischereidirektion Altona eingegangen ist, ebenso eine Eingabe von Bahrenfeldern Geschäftsleuten wegen Ausbaues des Eidelstedter Weges. In den Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes „Unterelbe“ werden die Stadtverordneten Löwenthal und Hagge gewählt. — Nachdem das Kollegium noch die Entlassung und Wahl von mehreren Wohlfahrtspflegern vorgenommen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Fischzufuhren der letzten Woche. In der Zeit vom 7. bis 12. Juni wurden von 26 Dampfern insgesamt 894 000 Pfund frische Fische am Altonaer Fischmarktponton gelandet.

Altonaer Schwurgericht. Wegen Sittenvergehens hatte sich der 28 Jahre alte Hilfsschaffner W. aus Hamburg vor den Geschworenen zu verantworten. Er hat am 6. Januar 1920 in Stellingen unter Anwendung von Gewalt an einer Beamtin des Fernsprechamts unsittliche Handlungen ausgeführt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Erschossener Einbrecher. Nach einer bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingegangenen Meldung wurde vor einigen Nächten in einer Villa in Schwarzenbeck ein Einbruch ausgeführt, wobei den Dieben Silber- und sonstige Wertsachen in die Hände fielen. Als Täter kamen zwei Männer in Frage. Einer der Burschen konnte in Schwarzenbeck festgenommen werden, der zweite ergriff die Flucht, und da er auf Anruf nicht stand, vielmehr einen Revolver zog, machte der Gendarm von seiner Schußwaffe Gebrauch und verletzte den Einbrecher durch einen Kopfschuß tödlich. Die gestohlenen Sachen und verschiedenes Diebeswerkzeug wurden bei ihm gefunden; Legitimationspapiere führte der Erschossene nicht bei sich.

e. **Stellingen-Langenfelde.** Festgenommen wurde von dem Hamburger Fahndungskommando der 28jährige Strafgefangene Peters, der am 5. Juni 1919 gewaltsam aus dem Altonaer Gerichtsgefängnis befreit wurde und am 23. Juni mit seinen Komplizen in das hiesige Rathaus eindrang. Peters war der Führer der Bande; er ließ das Rathaus umstellen, wobei der Gemeindevorsteher und mehrere Kommissionsmitglieder gefangengenommen wurden. Die Bande erpreßte hierdurch 5000 M.

e. **Lokstedt.** In der geheimen Gemeindevertretersitzung wurden zunächst die Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten und -angestellten geregelt. Durch die Regelung ergibt sich eine Ueberschreitung der Ansätze des Haushaltsplanes um 30 000—40 000 M. Desgleichen wurde die Anrechnung der Sätze für Naturalbezüge (Gas, Licht, Heizung usw.), die den einzelnen Beamten zustehen, neu geregelt. Zu den Kosten des von Rektor Ehlers in Rendsburg herauszugebenden Heimatbuches für den Kreis Pinneberg soll ein Beitrag von 1000 M geleistet werden.

e. **Gestohlen** wurde bei einem Einbruch aus der von einer Witwe bewohnten Villa zwei Garnituren rote Tuchportieren, eine Garnitur buntes Mokette, im Gesamtwerte von 32 680 M. Auf die Wiederherbeischaffung der Sachen sind 1500 M Belohnung ausgesetzt.

Aus den Elbgemeinden.

Osdorf. Verkauf von Kartoffeln an jedermann am Dienstag von 8—10 Uhr. Abgabe von Steinkohlen, 22 M pro Zentner, Briketts, Zentner 30 M, und Tannenzapfen, 17 M pro Zentner.

Kl.-Flottbeck. Am Dienstag Verkauf von 250 Gramm Nudeln zu 1 M, 200 Gramm Honig zu 2,92 M auf Marke 116 in sämtlichen Geschäften. Kartoffelverkauf auf Ausweiskarte, Preis pro Pfund 30 ₰.

Nienstedten. Verkauf von Feuerung am Donnerstag bei Timm von 8—11½ Uhr für die Nummern 1—400, von 1½—5 Uhr für die Nummern 401—819. Ausgabe der bestellten Kartoffeln am Mittwoch bei Feist von 8—11½ Uhr und von 1—4½ Uhr.

Blankenese. Abgabe von 150 Gramm Schmalz auf Marke 42 und 43. Marke 42 ist als Bestellmarke bis Dienstag mittag in den Geschäften einzureichen. 1 Pfund Haferflocken zu 2 M auf Marke 44.

Wandsbeck und Umgegend.

t. **Bramfeld.** Der Gemeindevorsteher Wilhelm Markmann ist in der Nacht zum Sonntag im Barmbecker Krankenhause einer schweren Krankheit erlegen.

t. **Bramfeld.** Ausgabe von Zwieback auf Berechtigungskarten. Wie die Lebensmittelkommission mitteilt, muß infolge größerer Nachfrage nach Zwieback die Ausgabe an Kranke und Kinder durch Berechtigungskarten wieder sichergestellt werden. Die Karten sind täglich in der Geschäftsstelle zu haben.

t. **Sonderkartenausgabe.** Am Mittwoch, 16. Juni, von 9—12 Uhr vormittags, werden in der Geschäftsstelle die Sonderzulagekarten für werdende und stillende Mütter, sowie die Zuckerkarten für Kinder bis zu zwei Jahren ausgegeben.

t. **Warenausgabe.** Die Lebensmittelkommission verteilt am Mittwoch in allen Geschäften 350 Gramm Zucker für die zweite Hälfte des Monats Juni und 200 Gramm Haferflocken. Die Waren werden auf Nr. 18 der Ausweiskarte abgegeben.

t. **Abgabe von Futterkartoffeln.** In Wandsbeck sind bei der Kartoffelstelle Futterkartoffeln zu erhalten zum Preise von 3 M, 9 M und 15 M der Zentner.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Geborgene Leiche.** Am Ufer des Reiherstiegs wurde die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens gefunden. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um jene Person, die in der Nacht vom 4. bis 5. Juni vom Konowschen Ponton in selbstmörderischer Absicht ins Wasser sprang und dann, trotz herbeieilender Hilfe, ihren Tod fand. Die Tote, die in die Leichenhalle des Reiherstiegfriedhofs gebracht wurde, ist bekleidet mit einem dunkelgrauen Kostüm. Wäschezeichen sind nicht vorhanden. Bisher konnten die Personalien der Toten noch nicht festgestellt werden.

Hamburger Landgebiet.

a. **Geesthacht.** Parteiversammlung am Sonnabend, 12. Juni. Genosse Biedermann hielt einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“ Redner besprach die Wahlerfolge einzelner Parteien und ihre Ursachen. Die Wahlparolen der verschiedenen Parteien, die zum Teil recht geschickt gewählt waren, unterzog er einer scharfen Kritik. Unsere Partei war durch ihre Teilnahme an der Regierung in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Redner empfiehlt die Schaffung eines Agrarprogramms und eine kräftige Agitation auf dem Lande. Das Erfurter Programm, das zum Teil schon überholt ist, müsse ergänzt werden. Hat auch der Wahlausfall eine Klärung der politischen Lage nicht gebracht, so hat das deutsche Volk sich doch entschieden gegen eine Diktatur und für die Republik ausgesprochen. Sodann besprach er die Möglichkeiten der neuen Regierungsbildung, dabei die Antwort Crispiens an den Genossen Müller gebührend würdigend. In der Diskussion wurde die Einberufung eines Parteitages gewünscht. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten besprochen.

Theater und Musik.

Carl Schultze-Theater. Am Sonnabend ging an dieser Bühne erstmalig „Sybill“, Operette von Max Brody und Franz Martos, Musik von Victor Jacobi, in Szene. Eine Wiedergabe der Handlung erübrigt sich, da die Geschichte von der Hoheit, die gern einen Seitensprung macht, ein in allen möglichen Variationen wiederkehrender Stoff der Operettendichter ist. Der einzige Unterschied ist der, daß der Roman diesmal nicht in Wien oder auf dem Balkan spielt, sondern im alten Zaren-Rußland, was die Wahrscheinlichkeit der Handlung auf keinen Fall erhöht. Auch der Komponist hat nicht den Ehrgeiz gehabt, musikalisches Neuland zu entdecken; seine Musik erhebt sich daher auch nicht über das Niveau der Operettenkomponisten der letzten Zeit. — Die Aufführung unter Kuthans Regie war glänzend, wie das an dieser Bühne nachgerade zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Allen voran Gertrud Seewalt-Schultze als Sängerin Sybill, daneben Julius Kuthan als Großfürst, Curt Lilien als ihr urkomischer Impresario, Pepi Berg als dessen Frau, Trimborn als Leutnant, sowie Siegfried Arno als Gouverneur. Der Beifall war groß, so daß die Verfasser sich nach dem zweiten Akt zeigen konnten. Außerdem gab es die üblichen Blumenspenden.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Vom Deutschen Lehrerverein erhalten wir folgende Zuschrift: Die Universität Berlin erhebt in einer Kundgebung nachdrücklichst Einspruch dagegen, daß die Ausbildung der Volksschullehrer auf die Universitäten übertragen wird. Da diese schon vom 31. März stammende Veröffentlichung erst jetzt im Juni, unmittelbar vor der Reichsschulkonferenz, den Zeitungen übergeben worden ist, so muß der Deutsche Lehrerverein öffentlich an gleicher Stelle sofort auf einige nach seiner Ueberzeugung irrtümliche und schädliche Gedanken der Kundgebung hinweisen. Obwohl die Universität selbst anerkennt, daß jeder Lehrer wissenschaftlicher Schulung bedarf, lehnt sie die wissenschaftliche Ausbildung, die sie Oberlehrern und Geistlichen, Aerzten und Richtern gewährt, für die Volksschullehrer ab und weist diese auf Sonderbildungsstätten. Sie hält also fest an der alten Scheidung der Lehrergruppen und an der Anschauung einer wesensverschiedenen Unterrichts- und Erziehungsarbeit in Volksschule und höheren Schulen. Nur der gemeinsame Anteil an denselben Bildungswerten aber gibt dem Lehrerstande die innere Einheit, und ohne einheitlichen Lehrerstand erhalten wir niemals die Einheitsschule. — Es ist ferner ein unlösbarer Widerspruch, wenn die Kundgebung gegen die Aufnahme der neuen Lehrerstudenten finanzielle Bedenken äußert, durch die Erweiterung der philosophischen Fakultäten ein Zurückgreifen auf „minderwertige“ Universitätslehrkräfte befürchtet, dann aber für selbständige Sonderhochschulen eintritt, die weit höhere Kosten verursachen und eine weit größere Zahl von Lehrenden beanspruchen würden. Die deutsche Lehrerschaft lehnt solche Anstalten mit „minderwertigen“ Kräften mit aller Entschiedenheit ab; sie verlangt die ihr auch von der Kundgebung als notwendig zugestandene wissenschaftliche Schulung an den Universitäten. — Der Deutsche Lehrerverein bedauert es endlich, daß die deutschen Universitäten wie einst bei der Lehrerfortbildung so jetzt bei der Lehrerausbildung nicht den frohen Willen zeigen, an der neu zu lösenden, für das ganze Volk überaus wichtigen Aufgabe tatkräftig und entschlossen mitzuarbeiten; er ist überzeugt, daß die guten Gründe seiner Forderungen sich durchsetzen und Regierung und Volksvertretung ihnen um des Volkes und seiner Schule willen zustimmen werden, wenn nicht mit der Einwilligung, dann gegen die Zustimmung der Universitäten.

Die Studierenden der Kunstgeschichte haben sich zu einer „Vereinigung der Kunsthistoriker an der Universität Hamburg“ zusammengeschlossen. Die Vereinigung sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Errichtung eines Lehrstuhls und eines Seminars für Kunstwissenschaft zu erwirken. Sie soll ferner der Kameradschaft und der Geselligkeit eine Stätte bieten und eine Auskunfts- und Beratungsstelle für Kunststudierende sein. Mitglied kann jeder Kunsthistoriker, Hörer oder Gasthörer der Universität werden.

Anmeldungen sind zu richten an den ersten Vorsitzenden Herrn stud. phil. Albert Othmer, Hamburg, Baumeisterstr. 6, III., oder an Fräulein A. Strack, Museum für Kunst und Gewerbe.

Schleswig-Holsteinischer Volksliederausschuß. Wer kennt die Weise oder eine andere sangbare Fassung folgender Reime?

„Ildelum dudel, hev'n Drusselnest fun'n.
Fleegt mi de Oll'n, so nehm ick de Jung'n;
fleegt mi de Jung'n, so nehm ick dat Nest
un sing denn noch immer: Is 'n Drusselnest west.“
„As ick 'n lüttje Deern weer,
wull ick gern 'n lütt Hahn hem.“ usw.

Wir legen besonderen Wert darauf. Postgeld wird ersetzt. Einsendungen erbeten an:

Hans Ruhe, Altona-Bahrenfeld, Emmichstr. 29.

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg kann am 15. September 1920 den 20. Jahrestag seines Bestehens feiern. An diesem Tage wird zum ersten Male Ludwig Anzengrubers Volksstück „Das vierte Gebot“ in Szene gehen. In der Woche darauf wird ein Lessing-Zyklus gegeben, der, vollständig neu in Szene gesetzt, umfaßt: „Nathan der Weise“, „Emilia Galotti“ und „Minna von Barnhelm“. Die Reihe der klassischen Stücke, die in Neuinszenierungen und Neueinstudierungen dem Spielplan gewonnen werden, wird außer dem Lessing-Zyklus umfassen: Grillparzers „Weh' dem, der lügt“, Hebbel: „Gyges und sein Ring“, „Maria Magdalena“, „Agnes Bernauer“, Schiller: „Wallenstein“, „Wilhelm Tell“, Shakespeare: „Hamlet“, „Sommernachtstraum“, „Troilus und Cressida“. Fernerhin soll wieder eine Molièresche Komödie, voraussichtlich mit Tanzeinlage, im Stil der Entstehungszeit neu gegeben werden. — An modernen Stücken sind für die neue Spielzeit bisher erworben: Hans Johst: „Der König“, Rolf Lauckner: „Predigt in Litauen“, Leo Lenz: „Bettinas Verlobung“ (Uraufführung), Karl Sternheim: „Marquise von Arcis“, Robert Walter: „Die Geburt des Narren“ (Uraufführung), Bernhard Shaw: „Der Arzt am Scheidewege“, „Cäsar und Cleopatra“, August Strindberg: „Ostern“, „Königin Christine“, Edmond de Caillevat und Robert de Flers: „Die Fahrt ins Blaue“, Henrik Ibsen: „Nora“, „Gespenster“, „Die Wildente“.